



Die dunkle Seite der Energiewende

Eine Verkehrs- und Energiewende trifft in Deutschland auf Zuspruch. Doch ein Blick in den Globalen Süden zeigt ihre Schattenseiten. Vom Kampf um die Rohstoffe und der Situation der Leidtragenden berichtet [Hermann Herf](#).

Im Rahmen der Dekarbonisierung setzt die deutsche Automobilindustrie voll auf E-Mobilität. Windräder und Photovoltaik sind tragende Säulen der Energiewende. Verkehrs- und Energiewende werden als gigantische Ingenieursaufgabe der kommenden Jahrzehnte angesehen. Hier möchte Deutschland zum Vorreiter werden, seine Technologien exportieren und zeigen, dass ein hochindustrielles Land durchaus in der Lage ist, den Umbau seiner Industrie zu einem nachhaltigen Wirtschaften zu gestalten.

Es soll dabei keine Einschränkung der Lebensqualität geben, wir dürfen weiter auf hohem Niveau konsumieren, im Gegensatz zu früher nun alles umweltfreundlich, nachhaltig und klimaneutral. Bescheidenheit und Verzicht sind nicht angesagt. Es geht auch ohne, wenn eine effiziente grüne Technologie zur Verfügung steht. Wie beim achten UN-Nachhaltigkeitsziel wird das Leitthema eines »dauerhaften, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums« als Ideal vorgegeben und nicht in Frage gestellt.

Fachleute sind sich jedoch einig, dass ein solcher Umbau einen großen Anstieg

des Rohstoffverbrauchs bedeutet. Metalle wie Lithium, Kupfer oder die sogenannten Seltenen Erden sind tragende Säulen dieser Entwicklung. Betrachten wir die gesamte Produktions- und Lieferkette von Rohstoffen, so ist die schöne, neue Welt der modernen Umwelttechnologien gar nicht mehr so sauber.

Beispiel E-Mobilität: Die Batterien moderner E-Autos brauchen eine große Menge Lithium. Im sogenannten Lithium-Dreieck von Chile, Bolivien und Argentinien in der Atacama-Wüste liegen große Reserven, zu deren Gewinnung viel Wasser benötigt wird. Die Atacama zählt aber zu den trockensten Gegenden der Welt. Bäuerliche Landwirtschaft ist nur in bestimmten geschützten Räumen möglich und fußt auf dem sorgfältigen Umgang mit dem knappen Wasser.

Betroffene müssen gehört werden

Durch den exzessiven Verbrauch von Wasser werden indigene Gemeinschaften ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die fragilen Ökosysteme brechen zusammen, Menschen müssen ihre Heimat verlassen,

ihre Dörfer und ihr Land, wo sie jahrhundertlang mit den knappen Ressourcen verantwortungsvoll umgegangen sind.

Nach dem Abkommen 169 der internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) sind betroffene Gemeinschaften vorher zu hören und zu befragen, ob sie mit derartigen Eingriffen einverstanden sind. Es muss unabhängige Umweltstudien geben, Betroffene sind zu informieren. Oft kommt es nicht zu solchen Anhörungen. In den seltenen Fällen der Einbeziehung der indigenen Bevölkerung wird ihr Votum als nicht bindend abgetan.

Zweifelhafte Partnerschaften

Auch in Peru gibt es große Lithiumvorkommen, nur dass sie hier mit Uran gekoppelt sind. Eine mögliche Förderung würde wegen der radioaktiven Belastung un kalkulierbare Umweltprobleme mit sich bringen. Für die Energiewende wird aber auch sehr viel Kupfer benötigt. Etwa ein Drittel des deutschen Kupferbedarfs kommt aus Peru. Dem verarbeiteten Metall, das die Hamburger Firma Aurubis

verlässt, sieht man allerdings nicht an, welche sozialen und ökologischen Schäden es im Umfeld seiner Förderung gibt. Namen wie Las Bambas, Tía María, Quellaveco, Las Chancas, Antapaccay, Cobriza und Rio Blanco kommen mir in den Sinn, wenn ich an Kupferbergwerke in Peru denke.

Internationale Konsortien aus den USA, Kanada aber auch aus China investieren riesige Summen, um sich den Zugang zu diesem Rohstoff zu sichern. Deutschland hat bereits im Jahr 2014 ein Rohstoffpartnerschaftsabkommen mit Peru abgeschlossen. Auch wenn ein solches Partnerschaftsabkommen einen Dialog auf Augenhöhe suggeriert, steht die langfristige Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung im Vordergrund. Sozial-ökologische Probleme werden ausgeblendet.

Während der ersten Phase der Coronakrise geriet die sogenannte Coronadiplomatie Chinas in Peru in die Schlagzeilen. China hat führende peruanische Politiker*innen und Personen des öffentlichen Lebens heimlich mit sogenannten Gefälligkeitsimpfungen versorgt. Es halten sich hartnäckige Gerüchte, dass China als Gegenleistung erleichterte Genehmigungsverfahren für Bergbaukonzessionen er-

wartete. Der Run auf die Rohstoffe ist in vollem Gange.

Neokoloniales Vorgehen

Dem schönen E-Auto sieht man dies alles nicht an. Wer weiß schon, um diese Zusammenhänge? Wir sind es gewohnt, negative Aspekte zu verdrängen. Die vielen Menschen, die beim Abbau der Rohstoffe ihrer Zukunft beraubt werden, spielen in den Hochglanzbroschüren der Industrie keine Rolle. Nennen wir es ruhig neokoloniales Handeln, also ein eindeutiges Beispiel für Externalisierung. Die Schäden werden im Globalen Süden verursacht und in die Endprodukte nicht eingepreist. Ulrich Brand und Markus Wissen nennen es Imperiale Lebensweise, die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus.

Eine verantwortungsvoll gestaltete Verkehrs- und Energiewende darf nicht auf Rohstoffe zurückgreifen, die durch Raubbau an der Natur und durch Verletzung elementarer Menschenrechte gewonnen werden. Das in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedete Lieferkettengesetz ist bislang nur ein zahnloser Tiger.

Es sieht vor, dass deutsche Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitenden erst ab 2023 verpflichtet werden, in ihren globalen Lieferketten auf Einhaltung der Menschenrechte zu achten und ökologische Risiken zu berücksichtigen. Allerdings wird die Verantwortung abgestuft. Je weiter unten in der Lieferkette, desto geringer sind die Auflagen. Es gibt keine proaktiven Maßnahmen, sondern lediglich anlassbezogene Ermittlungen. Das entspricht nicht der Maxime der Prävention der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Menschenrechte und Umwelt spielen nur eine untergeordnete Rolle. Betroffenen ist nach wie vor der Klageweg vor deutschen Gerichten so gut wie versperrt. Hier muss noch viel nachgebessert werden. Nur gemeinsam im globalen Kontext schaffen wir eine wirkliche Wende.

Die Gruppe FOKUS – Perusolidarität im Welthaus Bielefeld e.V. ist Mitunterstützerin der Kampagne Bergbau Peru.
www.kampagne-bergwerk-peru.de

Hermann Herf ist Mitglied der Gruppe FOKUS – Perusolidarität im Welthaus Bielefeld e.V.

Von Pilzkrankheiten und Preisverfall

In vielen Regionen Guatemalas könnte es bald vorbei sein mit dem Kaffeeanbau. Vor allem Tagelöhner*innen und Kleinbäuer*innen leiden unter den Konsequenzen des Klimawandels.
Von **Andreas Boueke**.

Bald wird er siebzig Jahre alt sein. Doch auf einen gesicherten Lebensabend kann sich der guatemaltekkische Tagelöhner Sixto Pérez nicht freuen. Im Gegenteil, der Mann hat Sorgen, existentielle Sorgen. Er weiß nicht, ob er und seine Familie in den kommenden Tagen ausreichend essen können. Längst kennt er das Gefühl anhaltenden Hungers. Doch noch vor wenigen Jahren konnte er sich nicht vorstellen, dass es soweit kommen würde. Damals hat er noch ordentlich verdient, denn er besaß ein kleines Grundstück mit über tausend Kaffeepflanzen. »Ich bin inmitten von Kaffeepflanzungen aufgewachsen«, erzählt er. »Früher gab es keinen chemischen Dünger. Der Kaffee wuchs mit der Kraft der Erde, guter Kaffee. Aber dann kamen die Krankheiten und wir mussten



pestizide sprühen. Alles hat sich verändert, vor allem das Wetter. Manchmal regnet es überhaupt nicht mehr. In diesem Jahr gab es nur zwei Gewitterregen und ein paar Nieselregen. Die haben nicht einmal den Boden nass gemacht.«

Sixto Pérez ist in Santa Rosa aufgewachsen. In dieser südlichen Provinz des mittelamerikanischen Landes Guatemala

wurden jahrzehntelang über zwanzig Prozent der nationalen Produktion wertvollen Hochlandkaffees geerntet. Der alte Mann hat seine Frau Angela spät geheiratet. Gemeinsam haben sie drei Töchter. Sie kann ihre Enttäuschung nicht verbergen: »Als wir geheiratet haben, war der Kaffeepreis noch gut und die Pflanzen hatten nicht diese furchtbaren Krankheiten. Seither ging es immer nur bergab. Jetzt können wir uns nichts mehr kaufen. Es gibt kein Geld. Wir essen nur noch schwarze Bohnen.«

Die allermeisten der 270.000 Hektar Land, auf denen heute in Guatemala Kaffee angebaut wird, sind vom Kaffeerost befallen. Dieser Pilz überdauert Trockenperioden und kann sich durch kurze Regenschauer schnell auf weitere Pflanzen